

Europäische Parteien und interparlamentarische Zusammenarbeit

ANDREAS KIESSLING

Die Arbeit der politischen Parteien war geprägt durch die Querelen um die Kommission unter deren Präsident Jacques Santer und die fünfte Direktwahl des Europäischen Parlamentes (EP) am 13. Juni 1999. Die Wahl bestätigte drei charakteristische Strukturmerkmale vorangegangener Europawahlen: Auch diesmal war ein niedriges Interesse am Urnengang in fast allen EU-Staaten zu konstatieren. In neun der 15 Mitgliedstaaten fiel die Wahlbeteiligung unter die 50%-Marke, das absolute Rekordtief vermeldete Großbritannien mit 23%.¹ Die für die Bürger intransparente Stellung des Europäischen Parlamentes, die fehlende Personalisierbarkeit sowie ein meist unengagiert geführter und zudem vom Kosovo-Konflikt überlagerter Wahlkampf sind als Gründe hierfür zu nennen. Zum anderen standen bei der Wahlentscheidung erneut nationale Themen im Vordergrund. Schließlich kam der Europawahl im Bewußtsein der Bevölkerung auch 1999 die Rolle einer Nebenwahl zu, was das Potential der Protestwähler vergrößerte.²

EVP: Dissens im konservativen Lager trotz Wahlerfolg

Als klare Siegerin ging die Europäische Volkspartei (EVP) aus der Europawahl hervor. Sie konnte 24 Mandate hinzugewinnen und bildet nun mit 233 der insgesamt 626 Sitze zum ersten Mal die stärkste Fraktion im EP.

Ein Grund für den Wahlerfolg liegt in der Strategie des bisherigen Fraktionsvorsitzenden Wilfried Martens, die Öffnung der EVP für Parteien anderer politischer Traditionen voranzutreiben, um eine Mehrheitsfähigkeit strukturell zu erleichtern. Dieses Vorhaben ist für die EVP durchaus als ambivalent zu beurteilen, entzündete sich doch daran eine schwere parteiinterne Kontroverse. Besonders der Beitritt der Abgeordneten der italienischen Forza Europa im Juni 1998 löste erhebliche Spannungen aus.³ Martens, der erst auf dem Parteikongreß am 7. Februar 1999 in Brüssel im Amt des EVP-Präsidenten betätigt worden war, wurde von seiner belgischen CVP nicht mehr auf den ersten Platz der Europa-Liste nominiert und verzichtete daraufhin auf eine erneute Kandidatur für das EP.⁴ Seine Nachfolge als Fraktionsvorsitzender trat Hans-Gert Pöttering (CDU) an. Darüber hinaus hatte das Projekt der Verbreiterung der strategischen Basis der EVP unterschiedlichen Erfolg. Zwar gelang neben der Einbeziehung der Forza Europa-Abgeordneten auch die Erweiterung um die schwedische Moderaterna und die finnische Kokoomus. Ebenso wurde die Integration der EUCD⁵ auf dem Brüsseler Parteikongreß vollzogen. Doch scheiterten die Bestrebungen, das zersplitterte konservative Lager in

Frankreich für die Europawahl zu einem Bündnis zusammenschließen. Abzuwarten bleibt, ob eine Einigung in der neuen Wahlperiode des EP möglich ist.⁶ Insgesamt besteht die EVP nun aus 22 Parteien als Vollmitglieder, sieben sind assoziierte Mitglieder und zehn Parteien haben einen Beobachterstatus.

Die Arbeit der EVP war durch die inhaltliche Vorbereitung des Wahlkampfes geprägt. In ihrem Wahlmanifest bekräftigte sie die Verpflichtung zur Osterweiterung wie auch die Notwendigkeit zur institutionellen Reform. Die EU benötige eine Verfassung, in der Entscheidungsverfahren genau festgelegt seien und ein Grundrechtskatalog verankert werden müsse. Auch eine Ausweitung der Mehrheitsentscheide im Ministerrat und der Kompetenzen des EP wurde gefordert.⁷ Starkes Interesse erregte auch die Mißwirtschaft der Kommission. Nach der gespaltenen Haltung der EVP zum Mißtrauensantrag ist allerdings offen, inwieweit sich dies auf die zukünftige Arbeit des in seinem politischen Spektrum immer bunter werdenden Parteizusammenschlusses auswirken wird.⁸

SPE: Fortsetzung der intergouvernementalen Kooperation

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) verlor 34 Sitze und zieht mit nur mehr 180 Abgeordneten in das EP ein. Auf anderen Ebenen blieb die führende Rolle der SPE jedoch erhalten und konnte zum Teil sogar noch ausgebaut werden: Neun der 20 Mitglieder der im März 1999 zurückgetretenen Kommission gehörten der SPE an. Obwohl für die Zusammensetzung der Kommission unter Romano Prodi auch die neuen Mehrheitsverhältnisse im EP zu berücksichtigen sind, ist zu erwarten, daß sozialistische und sozialdemokratische Parteigänger eine große Rolle spielen werden. Dies gilt um so mehr, als ihre Mitgliedsparteien in elf der 15 EU-Staaten die jeweiligen nationalen Regierungen führen. Die SPE mußte sich von der Oppositionsrolle verabschieden und die neue Herausforderung als Partei, die im Rat über eine Mehrheit verfügt, annehmen. Die SPE-Fraktionsvorsitzende Pauline Green (Labour) sah es als zentrale Aufgabe der Fraktion an, die Politik des sozialdemokratisch dominierten Rates zu unterstützen.⁹ Diese Haltung war wohl auch ausschlaggebend dafür, daß die Fraktion mehrheitlich den Mißtrauensantrag gegen die Kommission ablehnte, da die SPE nicht gegen „ihre“ Kommissare stimmen wollte.

Das äußere Erscheinungsbild der Partei wird wie bisher von der Arbeit der SPE-Fraktion sowie der Koordinierung der sozialdemokratisch geführten Regierungen geprägt, womit intergouvernementale Aspekte weiter betont werden. Die Treffen der sozialdemokratischen Staats- und Regierungschefs und die Konferenzen der nationalen Parteivorsitzenden vor den Tagungen des Europäischen Rates sowie die Treffen der SPE-Minister vor den Ratssitzungen zur Abstimmung ihrer Positionen dominierten nicht nur im öffentlichen Bewußtsein. Die Zusammenarbeit auf diesen Ebenen wird für die SPE immer zentraler.¹⁰

Deutliches Wegzeichen der Arbeit der SPE war der vierte Parteikongreß am 1. und 2. März 1999 in Mailand,¹¹ der Rudolf Scharping (SPD) mit großer Mehrheit als Parteivorsitzenden bestätigte. Ebenfalls genehmigt wurde ein gemeinsames

Manifest für die Europawahl. Das Wahlprogramm rückt die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt, fordert einen europäischen Beschäftigungspakt, eine Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme und die Förderung neuer Unternehmen.

Der SPE gehören derzeit 20 sozialdemokratische, demokratisch-sozialistische und Arbeiterparteien der EU, Norwegens und Zyperns an. Die SPE-Mitgliedsparteien arbeiten mit weiteren 19 assoziierten und Beobachterparteien, vor allem aus Ländern, die sich eine EU-Mitgliedschaft in den kommenden Jahren wünschen, eng zusammen.

Liberalen und Grüne im Europäischen Parlament

Der Europäischen Liberalen, Demokratischen und Reform-Partei (ELDR) gelang es bei der Europawahl 1999, ihre Mandatszahl leicht auszubauen. Sie wird 43 Abgeordnete in das EP entsenden und hat damit zwei Sitze mehr als am Ende der letzten Wahlperiode nach dem Übertritt der PSD (Portugal) zur EVP-Fraktion 1996 inne.¹² Die ELDR profitierte dabei besonders von der Einführung des Verhältniswahlrechtes in Großbritannien. Ihre britische Mitgliedspartei, die Liberal Democrats, die im relativen Mehrheitswahlrecht immer benachteiligt wurde, konnte nun zehn Mandate erringen (1994: 2), obwohl sie im Vergleich zu vor fünf Jahren 3,4% der Stimmen verlor. Das liberale Wahlprogramm forderte an erster Stelle eine Effektivierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).¹³ Darüber hinaus wollen die Liberalen das Mißmanagement in der Kommission bekämpfen, die EU durch institutionelle Reformen demokratisieren und die Entwicklung eines Europabewußtseins der Bürger fördern. Wirtschaftlich setzt die ELDR auf eine Verstärkung des Binnenmarktes und lehnt eine Verschiebung nationaler Verantwortlichkeiten für die Beschäftigungspolitik auf die europäische Ebene ab.

Die ELDR besteht derzeit aus 24 Mitgliedsparteien aus zwölf EU-Staaten, vier osteuropäischen Staaten sowie der Schweiz. Als Vollmitglied wurde auf dem Bonner Parteirat am 11. Dezember 1998 die Estnische Reformpartei aufgenommen. Hinzu kommen 13 sogenannte „affilierte“ Parteien überwiegend aus mittelost-, südost- und osteuropäischen Ländern.

Die „Europäischen Grünen“, die sich in der Europäischen Föderation Grüner Parteien (EFGP) zusammengeschlossen haben, fühlten sich ebenfalls als Wahlsieger. Sie erreichten mit 38 Sitzen (1994: 27) ihr bestes Ergebnis, obwohl in ihrem Stammland Deutschland Bündnis 90/Die Grünen nicht gut abgeschnitten hatten. Die Grünen sind damit im EP nach EVP, SPE und ELDR die viertstärkste Kraft. Vor allem in den Niederlanden, in Belgien, Finnland und Österreich konnte die Partei Zugewinne erzielen. Ein herausragendes Ergebnis und neun Mandate erlangten die Grünen in Frankreich.

Die EFGP besteht weiterhin aus 30 Mitgliedsparteien, darunter auch aus solchen Staaten wie Rußland, der Ukraine und Georgien, die noch keinen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU gestellt haben.¹⁴ Allerdings ist insgesamt die Parteistruktur noch unterentwickelt. Der Generalsekretär der EFGP, Ralph Monoe, startete des-

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

halb auf dem Pariser Parteikongreß vom 26. bis 28. Februar 1999 eine Initiative, Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation auszuloten. Der Ausbau des Föderations-Sekretariates in Brüssel wird für die Zeit nach der Europawahl in Aussicht gestellt.

Interparlamentarische Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Das EP unterhält neben seinen Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten Kontakte mit der Versammlung der WEU, der Nordatlantischen Versammlung, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und des Europarates sowie zur Interparlamentarischen Union.¹⁵ Das EP ist aufgrund der sonst eintretenden Doppelrepräsentation der EU-Staaten in keiner dieser Versammlungen Vollmitglied. Vielmehr ist sein Status je nach Interparlamentarischer Versammlung (IPV) zu differenzieren. So hat das EP in der WEU-Versammlung einen inoffiziellen Beobachterstatus, der es ihm erlaubt, informell mit den Ausschüssen zusammenzuarbeiten. Jedoch hat die Delegation kein Rede-recht, weil das WEU-Organ Reziprozität fordert und umgekehrt Rederecht im EP verlangt. Allerdings wird gerade mit dieser Parlamentarischen Versammlung wegen der Rolle der WEU für die GASP eine engere Kooperation angestrebt. Ähnlich strukturiert sind die Beziehungen zur Nordatlantischen Versammlung, wo das EP einen „Beobachter-Plus-Status“ genießt. Auch die OSZE-Versammlung hat dem EP einen Beobachterstatus angeboten. Da es aber die Vollmitgliedschaft will, hat das EP bisher eine Kooperation mit der Organisation auf parlamentarischer Ebene verweigert. Am engsten arbeitet das EP mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zusammen. Hier hat es sogar Stimmrecht bei der jährlichen Debatte über die OECD. Dem Europarat wird ein jährlicher Tätigkeitsbericht des EP übermittelt. Darüber hinaus finden regelmäßig gemeinsame Treffen zwischen den Ausschüssen der beiden Versammlungen statt. In der Interparlamentarischen Union besitzt das EP ebenfalls einen Beobachterstatus, hat aber volles Rede-, Stimm- und Wahlrecht. Die Themenfelder, die in diesem Netzwerk der interparlamentarischen Kooperation erörtert werden, hängen naturgemäß mit den Funktionen der einzelnen Organisationen eng zusammen. Bei den Beziehungen zur WEU-, NATO- und OSZE-Versammlung steht die Außen- und Sicherheitspolitik im Vordergrund, die Frage der Menschenrechte und der Demokratie bestimmen die Kontakte zur Versammlung des Europarates, aber auch zur OSZE. Die Interparlamentarische Union dagegen dient der allgemeinen Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten.

Kooperation des Europäischen Parlamentes mit nationalen Parlamenten

Kontakte zwischen dem EP und den nationalen Parlamenten der EU finden auf den unterschiedlichsten Ebenen statt¹⁶ Von zentraler Bedeutung für die Kooperation des EP mit den Parlamenten der Mitgliedstaaten ist die „Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments“ (COSAC). Auch die Parlamente der Beitrittskandidaten, die bei der COSAC einen Beobachterstatus einnehmen, sind in diese Zusammenarbeit eingebunden.

Seit ihrer Gründung 1989 tagt die COSAC zweimal jährlich, die behandelten Themen wurden parallel mit dem Ausbau der EG zur EU erweitert. Bisher war die COSAC ausweislich ihrer Geschäftsordnung eine informelle Gesprächsebene und kein Beschlußorgan. Der Amsterdamer Vertrag hebt die COSAC im „Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union“ auf Vertragsebene. Ziel ist es, die Beteiligung der einzelstaatlichen Parlamente an den Tätigkeiten der EU zu stärken. Neben anderen Maßnahmen wird dafür die COSAC ermächtigt, jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag für die Organe der EU zu leisten. Jedoch bindet ihre Arbeit in keiner Weise die nationalen Parlamente oder präjudiziert gar deren Standpunkt (Ziff. 7 des Protokolls), was zu gewissen Widersprüchlichkeiten führt. Die COSAC hat zwar kein Vertretungsrecht der nationalen Parlamente, kann aber ihre Beiträge direkt an die EU-Organe adressieren, was keiner einzelstaatlichen Volksvertretung möglich ist. Empfänger der COSAC-Beiträge sind neben Rat und Kommission auch das EP, obwohl dieses selbst in der Konferenz vertreten ist. Die Auswirkungen dieser Ungereimtheiten in der institutionellen Konstruktion sind noch abzuwarten. Weitere Fragezeichen ergeben sich hinsichtlich des Beschlußverfahrens, der Stellung von COSAC und nationalen Parlamenten sowie prozeduraler und fiskalischer Regelungen.

Die primäre Funktion der COSAC liegt darin, ein europäisches Forum für den Gedankenaustausch zu sein. Die XX. COSAC fand vom 30. Mai bis 1. Juni 1999 in Berlin statt. Der Schwerpunkt der Arbeit orientiert sich an den Themen der Ratspräsidentschaft. So stand auf der Berliner Konferenz auch die Agenda 2000 auf der Tagesordnung. Ferner wurde über die institutionelle Reform im Anschluß an den Amsterdamer Vertrag, die Frage der Erweiterung und die Handelsbeziehungen der EU zu den USA, Lateinamerika und den ASEAN-Staaten diskutiert. Neben diesen multilateralen Kooperationsformen existieren auch noch zahlreiche bilaterale Arten der Zusammenarbeit zwischen dem EP und den einzelnen nationalen Parlamenten.

Ausblick

Zum ersten Mal ist die EVP stärkste Fraktion im EP geworden. Mit jeder Angliederung neuer Gruppierungen steigen jedoch die Spannungen innerhalb der Partei, immer mehr Energie ist notwendig, die Fraktion zusammenzuhalten. Die anderen europäischen Parteien sind mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Die SPE wird trotz ihrer Wahlniederlage weiterhin eine gewichtige Rolle spielen, zumal ihre Mitglieder zahlreiche nationale Regierungen stellen. Die Voraussetzungen für eine Fortsetzung des Trends zur Bipolarität im EP sind also günstig. Von einem echten europäischen Parteiensystem kann auch nach dieser Direktwahl nicht gesprochen werden.¹⁷ Dazu müßten die europäischen Parteien selbst zur Wahl stehen.

Bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit besteht ein weit verzweigtes Netzwerk von Kooperation und Dokumentenaustausch. Allerdings findet vieles noch auf einer informellen Ebene statt, der Status in den meisten IPV ist für das EP noch unzureichend. Jedoch ist andererseits auch die Koordination innerhalb des Europäischen Parlamentes verbesserungswürdig.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15.6.1999 und v. 16.6.1999.
- 2 Deutlich wurde dies in Deutschland, wo der erdrutschartige Sieg der CDU/CSU als Ausdruck der Frustration breiter Wählerschichten über die innenpolitische Arbeit der Regierung Schröder gedeutet werden muß. Vgl. hierzu auch „Ohne Konturen“ in: FAZ v. 12.6.1999, S. 12.
- 3 Vgl. auch Wagner, Peter: Die europäischen Parteien, in: Weidenfeld, Werner; Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1997/1998, Bonn 1998, S. 281-286.
- 4 Vgl. zu dieser Entwicklung FAZ v. 25. 2.1999, v. 26.2.1999 und Neue Zürcher Zeitung v. 25.2.1999.
- 5 In der EUCD waren die Demokratische Partei Albaniens, die lettische Kristīgi Demokrātiska Savienība, die Union Chérienne Démocrate Libanaise, die norwegische Christliche Volkspartei, die rumänische Româniilor Magyar Demokrata Szövetség sowie die Christlich-Demokratische Partei San Marinos zusammengeschlossen.
- 6 Vgl. hierzu EVP-News, Neuordnung der französischen Rechten?, 16 (1999).
- 7 Vgl. FAZ v. 8. 2.1999.
- 8 Vgl. hierzu „Gute und bessere Europäer“, in: FAZ v. 5. 2.1999.
- 9 So Pauline Green in der Tätigkeitsbilanz der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas Juni 1997 – Februar 1999 zum SPE-Kongreß in Mailand am 1./2.3.1999.
- 10 Vgl. Sozialdemokratische Partei Europas, Tätigkeitsbericht der SPE. Von Malmö nach Mailand – An oberster Stelle Arbeitsplätze, 4. Kongreß der SPE, Mailand, 1.-2. März 1999.
- 11 Vgl. hierzu wie zum folgenden die fortlaufenden Nummern des SXB-Newsletters der SPE 1998/1999.
- 12 Vgl. Jansen, Thomas: Die europäischen Parteien, in: Weidenfeld, Werner; Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/1997, Bonn 1997, S. 267-272, hier S. 270.
- 13 Vgl. hierzu wie zum folgenden die ELDR-Newsletter 1998 sowie das Wahlmanifest der ELDR „Making the difference“.
- 14 Das Parteikomitee, das vom 23.-25.4.1999 in Kiew tagte, hat außerdem den Mitgliedsantrag der rumänischen Grünen Partei begrüßt, die im Oktober beim nächsten EFEGP-Rat in Bratislava aufgenommen werden könnte. Die dänischen Socialistisk Folkeparti hat seit dem 7. EFEGP-Rat in London einen Beobachterstatus.
- 15 Vgl. hierzu wie zum folgenden: Interim report for the Conference of Presidents on the status and participation of European Parliament in the Inter-Parliamentary Assemblies, Rapporteur: David Martin v. 18.2.1997.
- 16 Vgl. zum folgenden Report to the President and the members of the Conference of Presidents and the members of the Bureau of the European Parliament on Cooperation between the European Parliament and the national Parliaments. Assessment and new Proposals. Raporteurs: Nicole Fontaine, Renzo Imbeni, 6.10.1997, im Internet verfügbar unter URL: www.europarl.eu.int/natpar/ sowie URL: www.bundestag.de/europa/europa/cosac_3-htm, Programm für die XX. COSAC v. 30.5.-1.6.1999 im Plenarbereich Reichstagsgebäude in Berlin.
- 17 Vgl. Stoiber, Michael, Existiert die Chance für ein europäisches Parteiensystem? Eine Analyse von Parteiwahrnehmungen, in: König, Thomas; Elmar Rieger; Hermann Schmitt (Hrsg.): Europa der Bürger? Voraussetzungen, Alternativen, Konsequenzen. Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung, Bd. 3, Frankfurt/Main 1998.

Weiterführende Literatur

- König, Thomas; Elmar Rieger; Hermann Schmitt (Hrsg.): Europa der Bürger? Voraussetzungen, Alternativen, Konsequenzen. Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung, Bd. 3, Frankfurt/Main 1998.
- Lord, Christopher; David Scott Bell (Hrsg.): Transnational parties in the European Union, Ashgate, 1998.
- Platzer, Hans-Wolfgang: Europäische Verbände und Parteien. Zur Rolle gesellschaftlicher Akteure im Integrationsprozeß, in: Politische Bildung, 4 (1997), S. 67-85.